Im Blickpunkt

SPD-Distrikt Eimsbüttel-Nord
67. Jahrgang **August 2015**

Soziale Erhaltungsverordnung in Eimsbüttel-Nord – Noch kein Erfolg, aber Bewegung! *(Seite 5)*

Antrag zur Kreisdelegiertenversammlung: Neue Griechenlandpolitik *(Seite 4)*

Der 60plus-Ausflug zur „Grauen Stadt am Meer“ *(Seite 6)*

Blick in die Sartoriusstraße *Foto: D. Schlanbusch*

SPD E-Nord online: www.spd-eimsbuettel-nord.de

TERMINE

Vorstandssitzung:
Dienstag, den **4. August** um **19.30 Uhr**, in der AG Kinder- und Jugendschutz HH, Hellkamp 68, Zugang Clasingstraße

Infostand:
Samstag, den **8. August** ab **10.30 Uhr** am Wochenmarkt Grundstraße

Mitgliederversammlung:
Im August findet keine Mitgliederversammlung statt

AG 60plus:
Mitgliedertreffen am Donnerstag, den **27. August** um **10.00 Uhr** in der AWO, Jugendstraße 11

Kreisdelegiertenversammlung:
Voraussichtlich am **Freitag**, den **28. August** ab **18.00 Uhr** im Kurt-Schumacher-Haus

Kinderfest:
Sonntag, den **6. September von 14.00 bis 18.00 Uhr** auf dem Glückburger Platz (Sandweg/Pinneberger Weg).
Das Kinderfest eine Gemeinschaftsveranstaltung der SPD-Distrikte Eimsbüttel-Süd, Eimsbüttel-Nord und Altona-Nord

☺ ☺

Einen herzlichen Glückwunsch allen Geburtstagskindern im August 2015

☺ ☺

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freunde der SPD in Eimsbüttel,

Griechenland oder immer mehr Flüchtlinge, was haben uns diese Themen in der veröffentlichten Meinung beschäftigt. Ja, diese Themen und die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien, im Irak und an den jeweiligen türkischen Grenzen machen nachdenklich. Wir haben hier in Mitteleuropa seit nunmehr über 70 Jahren keinen Krieg und konnten auch deswegen positive Entwicklungen in unserem Land genießen.

Von einer Zeit ohne Gewalt und Krieg sind die Völker im Nahen und Mittleren Osten und in Teilen Afrikas unendlich weit entfernt. Täglich kommen dort viele Menschen ums Leben. Millionen Bürger haben ihre Heimat verlassen müssen, weil eine Existenz dort nicht mehr möglich ist. Sie wurden durch die herrschende Gewalt vertrieben. Und so versuchen sie zu überleben, in überfüllten Lagern rund um ihre bisherige Heimat. Anteilig zur Gesamtzahl gelingt es wenigen Menschen – es sind aber immer noch Zehntausende – nach Europa. Manche schaffen es auch nach Deutschland. Nach unserem Grundgesetz wird diesen Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, Asyl gewährt. Nun glauben aber einige Mitbürger, denen es verglichen mit den Fliehenden ausgesprochen gut geht, dass es zu viele seien. Es sind zu viele die fliehen müssen, das stimmt. Aber die Ursachen, die müssen wir auch sehen und versuchen zu verändern. Aber zu allererst müssen wir den Menschen helfen. Dann wird eben ein Parkplatz oder eine Zirkuswiese zum Aufstellen von Containern für die Unterkunft der Flüchtlinge genutzt, für eine gewisse notfalls auch längere Zeit müssen wir das erdulden und akzeptieren. Integrieren wir die neuen Nachbarn so gut es geht in unsere Gesellschaft, dann haben alle Seiten etwas davon. Wenn es in den Heimatländern keine Gewalt und Verfolgung mehr gibt, dann überlegen diese Menschen vielleicht, beim Aufbau der neuen Strukturen mitzuhelfen und kehren in ihre Heimat zurück.

Was läuft eigentlich in Eimsbüttel? Es werden nur wenige Vor-Ort-Themen bewegt, obwohl es so manches zu verbessern gäbe. Mietsteigerungen werden hoffentlich eingedämmt, wenn jetzt die Mietpreisbremse greift. Die soziale Erhaltensverordnung wird hoffentlich auch zur Entspannung beitragen können. Wir haben bei unserer Mitgliederversammlung Anträge an den Bundesparteitag, an die Kreisdelegiertenversammlung und den Landesparteitag formuliert, mit denen wir Veränderungen im sozialen Bereich in Hamburg und im Bund fordern.

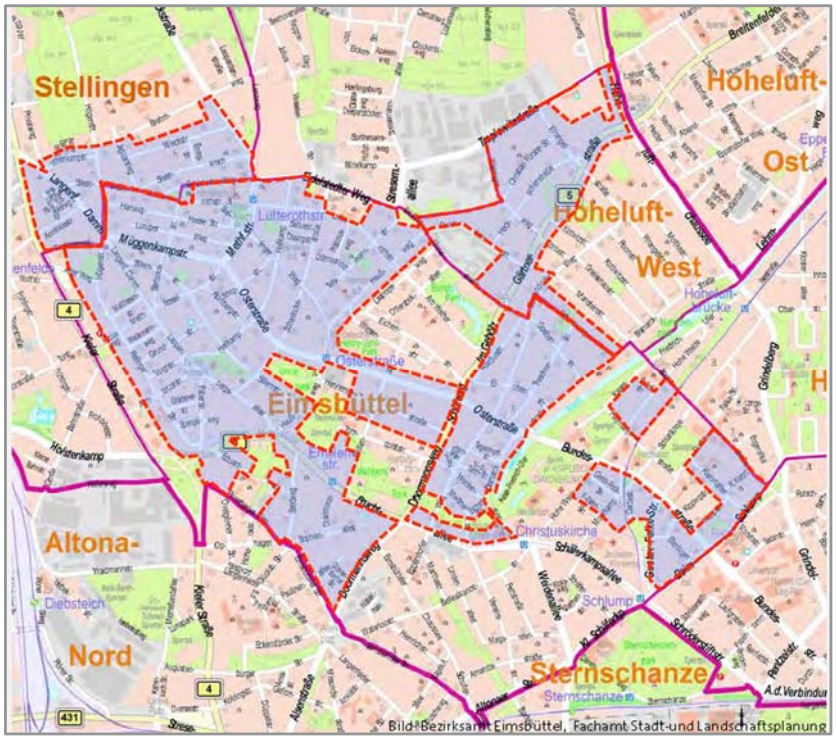
Mit solidarischen Grüßen
Ralf Meiburg, Distriktsvorsitzender

Antrag zur Kreisdelegiertenversammlung: Neue Griechenlandpolitik

Auf der Mitgliederversammlung am 21.07.2015 hat der Distrikt Eimsbüttel-Nord einen Antrag für eine Wende in der Griechenlandpolitik beschlossen. Anlass sind die humanitäre Krise in Griechenland so wie die Verhandlungen der Regierungen der Euroländer, der EZB und des IWF mit der im Januar dieses Jahres neu gewählten griechischen Regierung.
Es geht nicht nur um eine Perspektive für Griechenland, sondern für Europa als Ganzes. Eine Demokratisierung der europäischen Institutionen und eine solidarische Wirtschafts- und Sozialpolitik sind daher unerlässlich. Investitionen und wirtschaftliches Wachstum sind zur Lösung einer Krise erforderlich. Das sollte auch bei unserer Unterstützung des griechischen Volkes berücksichtigt werden. Einseitige „Sparmaßnahmen“ sind dabei nicht hilfreich. Die Bereiche der öffentlichen Gesundheit und Bildung müssen von Sparmaßnahmen unbedingt ausgenommen werden. Zugleich benötigt die griechische Regierung eine Perspektive für eine Umschuldung, die es dem Land ermöglicht, zu wachsen und sich in die Lage zu versetzen, einen Teil der Schulden langfristig wachstumsabhängig zu tilgen.
Zu einer Unterstützung gehört auch die Organisation einer wohlgemeinten technischen Hilfe, die partnerschaftlich der griechischen Regierung bei einer Reform ihrer öffentlichen Verwaltung, insbesondere in den Bereichen der Steuererhebung und der Korruptionsbekämpfung, zur Seite steht.
Um zu verhindern, dass junge Menschen, insbesondere die gut ausgebildeten, Griechenland dauerhaft verlassen, wollen wir uns auch für eine Entwicklung des deutsch-griechischen Jugendwerks einsetzen. Hier sollten neue Programme entworfen und unterstützt werden.
Ein Sofortprogramm zur Linderung der humanitären Krise ist notwendig, darf aber nicht die anderen geforderten Maßnahmen in den Schatten stellen. Die mittlerweile mehr als zweieinhalb Millionen nicht krankenversicherten Menschen werden in ehrenamtlich organisierten Sozialkliniken kostenlos versorgt. Diese Versorgung ist nicht ausreichend und auch keine dauerhafte Lösung: Die Säuglingssterblichkeit ist in den letzten Jahren auf circa 30 % angestiegen. Durch fehlende Impfungen steigen Infektionskrankheiten stark an. Kranke, besonders Krebspatienten, die sich Behandlungen und Medikamente nicht leisten können, sterben, obwohl ihnen medizinisch geholfen werden könnte.

Wir wollen uns als Sozialdemokraten für eine neue Griechenland- und Europapolitik einsetzen. Die beschriebenen Eckpunkte sind daher nicht ausschließlich als Aufforderung an Parteigremien oder Fraktionen gemeint, sondern als Appell an alle Parteimitglieder.

Soziale Erhaltungsverordnung in Eimsbüttel-Nord – Noch kein Erfolg, aber Bewegung!



Nachdem meine Initiative zur Vorprüfung der Einführung einer sozialen Erhaltungsverordnung vom Frühjahr 2012 schon einige Jahre zurückliegt, kommt nun endlich Bewegung in die Sache. Die Prüfung zur Einrichtung hat, nachdem im Sommer 2014 bereits eine solche Verordnung in Eimsbüttel-Süd eingeführt wurde, endlich begonnen. Dass eine solche Verordnung nicht automatisch die Mietpreise senken und als alleinstehende Maßnahme die zunehmende Gentrifizierung und Luxussanierung des Stadtteils stoppen wird, ist klar. Nichtsdestotrotz ist sie ein wichtiger Baustein zum Erhalt der bestehenden bzw. eine Verhinderung des weiteren Auseinanderdriftens der Sozialstruktur. Ohne unser politisches Entgegenwirken, also wenn wir „dem Markt“ freien Lauf lassen würden, würden die alteingesessene Bewohner gänzlich aus ihren Vierteln verdrängt werden, da sich nur noch die besserverdienenden Menschen die steigenden Mieten leisten könnten. Die soziale Erhaltungsverordnung stellt deshalb ein städtebauliches Regulierungselement für einen sozialen Milieuschutz dar. Damit und mit der gleichzeitig geltenden Umwandlungsverordnung, kann insbesondere die Praxis der vermeintlichen Luxussanierung, die vielmals nur als bloßes Mittel zur Mietpreiserhöhung trotz fester Verträge dient, eingedämmt werden. Die Umwandlung einer Mietwohnung in eine Eigentumswohnung bedarf in Sozialen Erhaltungsgebieten einer Genehmigung durch das Bezirksamt. Diese kann verwehrt werden, wenn sich die Umwandlung negativ auf die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung auswirkt.

Im Sinne Eimsbüttels und unserer sozialen Verantwortung als SPD und Stadtteilpartei, bleibt also zu hoffen, dass das Prüfungsergebnis zu einem eindeutigen Schluss kommt: Die sozialen Erhaltungsverordnung ist möglich. Für den dann fälligen Aufstellungsbeschluss werden wir Eimsbütteler Abgeordnete dann sorgen!

Dr. des. Frank Wiedemann, Bezirksabgeordneter

Der 60plus-Ausflug zur „Grauen Stadt am Meer“

Am Freitag den 3. Juli brachen wir vormittags ab Altona mit der Bahn auf, um mit dem Vorstand und Gästen die historische Stadt Husum zu erkunden. Husum liegt 119 km nördlich von Hamburg und hat 22 Tsd. Einwohner.

Husum – friesisch auch „Hüseum“-(fast Türkisch?) wurde erstmals in der Stadtchronik von 1252 erwähnt. Der dänische König Abel wollte von den Nordfriesen Steuern eintreiben die sie ihm verweigerten. Er zog in den Kampf gegen sie und kam dabei ums Leben.

Nach der großen Sturmflut von 1362 wurde die Küste zerrissen und der Ort Rungholt versank in den Fluten. Dadurch wurde Husum - mit jetzt direkten Zugang zum Meer - Hafenstadt. Nach den Glocken von Rungholt, die man bei Windstille noch hören soll, haben wir aber vergeblich gelauscht. Ok! Es ging etwas Wind; aber es herrschte zum Glück kein Sturm wie 1362. Im Gegenteil es war tolles Wetter.

Husum ging 1867 mit Schleswig-Holstein an Preußen. Aus Protest dass sie die dänische Flagge nicht mehr hissen durften, wurde von der dänischen Minderheit in Husum das rothellbraune „Protestschwein“ gezüchtet, das es heute noch gibt. In Husum wurde zur Versorgung Hamburgs ein großer Viehverladebahnhof errichtet. Erst 1970, mit Veränderung der Fleischversorgungswege, wurde er wieder geschlossen.

Eine der herausragenden Persönlichkeiten Husums war Theodor Storm (1817 – 1888). Er wurde durch die Novelle „Der Schimmelreiter“ und sein Gedicht „Die graue Stadt am Meer“ bekannt.

Zum Mittag gegessen haben wir dann im Hafen auf dem historischen Restaurantschiff „Nordertor“ in Nähe der kleinen Krabbenkutterflotte, die Husum noch hat. Heute ist die Wirtschaft hauptsächlich auf ein Gewerbegebiet konzentriert, in dem eine große Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen u. a. im Stahl- und Maschinenbau sowie der Windenergie angesiedelt sind.

Aktuell ist zu vermerken, das am Ortsausgang nach Schobüll der Bundesnachrichtendienst unter dem Tarnnahmen „Bundesstelle für Fernmeldetechnik“ stationiert ist. Regiert wird Husum noch bis 2018 von einer SPD/FDP Fraktion unter einem SPD-nahen Bürgermeister.

Nach einer historischen Stadtführung und einem Nachmittag zur „freien Verfügung“ fuhren wir nach einem schönen, erlebnisreichen Tag mit der Deutschen Bahn (trotz eines kleinen Flugplatzes) sicher nach Hamburg zurück.

Annegret Ptach

Optik Daniel – mit den Augen Ihres Kindes!

Kinder- und Babybrillen – Fassungen von:
Bob der Baumeister · Die Maus
Janosch · Hello Kitty
Die Wilden Kerle · Oio Titanflex
Vaude · Prinzessin Lillifee und mehr

Gläser – auch Kunststoffgläser –
ohne Zuzahlung zum Nulltarif bei ärztlicher Verordnung durch die gesetzliche Krankenkasse

Osterstaße 136 · 20255 Hamburg · 040.40 87 01
optik-daniel.de · Mo–Fr 10.00–19.00 · Sa 10.00–15.00

OPTIKDANIEL

Service

Bei Interesse an Infos aus Eimsbüttel-Nord bitte mailen an:
kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de

Infos zur AG 60plus bei Annegret Ptach, Tel. 040 / 851 29 71

SPD Eimsbüttel-Nord (c/o SPD Eimsbüttel, Helene-Lange-Str. 1, 20144 HH)

Vorsitzender:	Ralf Meiburg	Tel.	0160/96618075
Stellvertreter:	Rolf Polle	Tel.	850 77 43
Blickpunkt:	Dirk Schlanbusch	Tel.	850 37 36
	Agata Klaus	Tel.	0170/4904824
Bezirksversammlung:	Charlotte Nendza	Tel.	881 690 91
	Hannelore Köster	Tel.	411 652 42
	Frank Wiedemann	Tel.	411 123 81
Kerngebietsausschuss:	Charlotte Nendza, Hannelore Köster		

Internet: www.spd-eimsbuettel-nord.de
E-Mail: kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de

Bankkonto SPD Eimsbüttel-Nord:
IBAN: DE38500333001244008900, BIC: SCFBDE33XXX, Santanderbank

HERAUSGEBER: SPD Eimsbüttel-Nord Hamburg - Verantwortlich für Inhalt und Anzeigen: Dirk Schlanbusch

Diese Ausgabe wurde produziert und gefaltet mit freundlicher Unterstützung von **ADUPUC - PRINT- & COPYHAUS**, Grindelallee 32, 20146 HH